

BÜRGERSCHAFT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG

**PARLAMENTARISCHE
INFORMATIONSDIENSTE**

Neue Bücher und Aufsätze

Juli – August 2023

Parlamentsbibliothek

Tel: 040 – 42831 – 3000

E-Mail: infodienste@bk.hamburg.de

Unsere Dienste für Sie:

- wir stellen Ihnen Fachliteratur zur Verfügung
- wir bieten Ihnen monatlich einen Überblick über neu erworbene Bücher und aktuelle Zeitschriftenaufsätze
- im Lesesaal können Sie im Online-Katalog der Bibliothek, in der Parlamentsdatenbank, in den Juris-Datenbanken, in Beck-online und im Internet recherchieren

Anschaffungswünsche für Bücher nehmen wir gerne entgegen!

Die Leihfrist für Bücher beträgt in der Regel **4 Wochen**, Dienstausleihe ist für 2 Jahre möglich. Der Präsenzbestand ist nach Absprache für Abgeordnete, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bürgerschaftskanzlei und der Senatskanzlei kurzfristig ausleihbar. Loseblattwerke und Zeitschriften leihen wir grundsätzlich nicht aus.

Öffnungszeiten der Parlamentsbibliothek:

Montag bis Donnerstag	10:00 bis 15:00 Uhr
Freitag	10:00 bis 14:00 Uhr
während der Plenarsitzungen	10:00 bis 18:00 Uhr

Inhaltsverzeichnis

Arbeit und Wirtschaft	4
Bildung, Schule und Sport	4
Finanzen, Haushalt und Steuerrecht	4
Gesellschaft und Politik	5
Hamburg	5
Informatik, Digitalisierung und Datenschutz	6
Justiz, Kriminalität und Strafrecht	6-7
Kunst, Kultur und Literatur	7
Parlament, Parteien und Regierung	7
Recht und Rechtswissenschaft	8
Soziales und Gesundheit	8
Staats- und Verfassungsrecht	9
Umwelt und Umweltrecht	9-11
Verkehr und Verkehrsrecht	11
Verwaltung und Verwaltungsrecht	11-12
Wahlen und Wahlrecht	12

Arbeit und Wirtschaft

Kümmerling, Angelika: Arbeitszeiten in der Krise : kein Bock oder keine Zeit für mehr Arbeit?
/ Angelika Kümmerling, 2023

In: WSI-Mitteilungen ; Jg. 76 (2023), H. 4, S. 321-323

Aufgrund des in vielen Berufen bereits deutlich spürbaren Fachkräftemangels wird von Arbeitgeberseite wieder der Ruf nach längeren und flexibleren Wochenarbeitszeiten laut. Dabei wird unter anderem auch auf das ‚brachliegende‘ weibliche Arbeitskräftepotenzial geschaut. Die Autorin legt in ihrem Beitrag dar, dass eine Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit als Teillösung des Fachkräftemangels nur dann gelingen kann, wenn die infrastrukturellen Voraussetzungen der Geschlechtergleichstellung in der Sorgearbeit ernsthaft angegangen werden.

Z/472/23

Der (Um-) Weg zur Fachkraft : Fachkräftemangel / Schwerpunktthema mit Beitr. versch.
Autor:innen, 2023

In: iwd ; 49. Jg. (2023) H. 16, S. 2-5

In Deutschland fehlen vermehrt gut ausgebildete Arbeitskräfte. Zeitgleich gab es zuletzt fast 2,5 Millionen Arbeitslose. Diese verfügen allerdings oft nicht über die von den Unternehmen geforderten Qualifikationen. Diese könnten sie jedoch durch entsprechende Weiterbildung erwerben. Somit ließe sich nach Auffassung der Autor:innen der Fachkräftemangel in einer Reihe von ‚Mangelberufen‘ immerhin partiell schließen.

Z/450/23

Bildung, Schule und Sport

Diermeier, Matthias: Von „um die Ecke“ bis „ab vom Schuss“ : Kinderbetreuung / Matthias Diermeier..., 2023

In: iwd ; 49. Jg. (2023) H. 12, S. 12-13

Das Institut für Wirtschaftsforschung hat für alle Gemeinden, Kreise und Bundesländer ermittelt, wie viel Zeit der Weg zur nächsten Bildungsstätte in Anspruch nimmt.

Z/450/23

Finanzen, Haushalt und Steuerrecht

Schneider, Arne: Resilienz in der Haushaltssteuerung / verf. von Arne Schneider, 2023

In: Innovative Verwaltung ; Jg. 19 (2023) H. 7-8, S. 12-15

Arne Schneider, Haushaltsdirektor der Freien und Hansestadt Hamburg, legt dar, wie sich die Metropole bei ihrer Haushalts- und Finanzplanung darauf ausgerichtet hat, resilient gegenüber Krisen und Notsituationen zu sein. Als grundlegende Voraussetzung dafür betrachtet er hierbei die Sicherung der städtischen Kernfunktionen.

Z/600/23

Gesellschaft und Politik

Baumann, Simon: Politische Partizipation von Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung / Simon Baumann. - Bad Heilbrunn : Klinkhardt, 2023. - 210 S. : graph. Darst. . - (Klinkhardt forschung) Literaturverz. S. 197-208. Zugl.: Köln, Univ., Diss., 2023.

ISBN 978-3-7815-2576-4

Die Möglichkeit zu politischer Partizipation als zentrales Merkmal einer Demokratie ist für Menschen mit sog. geistiger Behinderung vielfach nur ansatzweise verwirklicht. In dieser Studie werden aufbauend auf einem aktuellen Teilhabe- und Menschenrechtsverständnis und ausgehend von qualitativen Interviews mit Menschen mit sog. geistiger Behinderung ihr Nutzungsrepertoire allgemeiner Partizipationsformen beschrieben und die als Barrieren und Gelingensbedingungen manifestierten Einflussfaktoren der (ausbleibenden) politischen Partizipation eruiert. (Auszug Klappentext)

P ca

23-102

Hamburg

Bode, Sabine: Als Hamburg im Feuersturm versank : Operation Gomorrha 1943 und die Folgen / Sabine Bode, Ursula Büttner, Christoph Kucklick, Malte Thießen. - Hamburg : Ellert & Richter, 2023. - 151 S. : Ill. ISBN 978-3-8319-0841-7

Im Juli 1943 erlebte Hamburg sein "Gomorrha" - so der Deckname der britischen Royal Air Force für den bis dahin verheerendsten Bombenangriff auf eine deutsche Metropole. Die Hansestadt ging in einem von zahllosen Brandbomben ausgelösten Feuersturm unter, etwa 34 000 Menschen starben qualvoll. (...) Nicht nur mit der Vorgeschichte und den Abläufen der grausamen Bombardements beschäftigen sich die Texte von Sabine Bode, Ursula Büttner, Christoph Kucklick und Malte Thießen, sondern sie schildern auch die Erlebnisse von Zeitzeugen und die "Aufarbeitung" dieser Katastrophe nach dem Krieg - in der Politik, bei den Überlebenden und deren Nachkommen... (Auszug Klappentext)

E dc

23-93

Hamburg im Feuersturm : die Bombenangriffe vom Juli 1943 in der Erinnerung von Überlebenden und im Gedächtnis der Stadt / hrsg. von Ulrich Lamparter, Hendrik Althoff und Christa Holstein. - 1. Aufl. - Hamburg : Junius, 2023. - 183 S. : Ill. ISBN 978-3-96060-569-0

Die alliierten Luftangriffe auf Hamburg vom 24. Juli bis 3. August 1943 zerstörten weite Teile der Stadt fast vollständig. Über 30 000 Menschen kamen bei der »Operation Gomorrha« ums Leben, viele Überlebende leiden bis heute an den Folgen. Im »Erinnerungswerk Hamburger Feuersturm« wurden in den letzten Jahren über einhundert lebensgeschichtliche Interviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen geführt, die während des Zweiten Weltkriegs überwiegend noch Kinder oder Jugendliche waren. Die hier vorgestellten Berichte dokumentieren ihr unmittelbares Erleben im Feuersturm ebenso wie ihren persönlichen Umgang mit den Kriegserfahrungen im weiteren Leben. Ergänzt werden die Erinnerungen der Überlebenden durch Beiträge aus der Geschichtswissenschaft, aus Medien, Film und Musik sowie von Vertreterinnen und Vertretern der Hamburger Gedenkkultur. Sie verorten die Bombenangriffe im Gedächtnis der Stadt und reflektieren Hamburgs Umgang mit dem einschneidenden Kriegsereignis im Wandel der Zeit. (Klappentext)

E dc

23-92

Informatik, Digitalisierung und Datenschutz

Schröder, Meinhard: Personenbezug und Identifizierungsrisiko zwischen Grundrechten und Datenschutzrecht / von Meinhard Schröder, 2023

In: Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl.) ; Jg. 138 (2023), Nr. 13, S. 794-797

Die Verarbeitung personenbezogener Daten wird umfassend reguliert. Dies ist mit einem hohen organisatorischen und technischen Aufwand verbunden. Der Beitrag untersucht, ob dieser Aufwand überall angemessen ist und in welchen Fällen Risiken für das Persönlichkeitsrecht nicht bestehen und Daten daher als anonym anzusehen sind.

Z/120/23

Ulbricht, Lena: Machtkämpfe um ChatGPT : KI-Debatten sagen mehr über die Gegenwart als über die Zukunft / Lena Ulbricht, 2023

In: WZB-Mitteilungen ; (2023) H. 180, S. 20-23

Die Autorin blickt in ihrem Beitrag auf die Debatte um ChatGPT: Chancen und Hoffnungen auf einen verbesserten Informationszugang sowie Risiken und Sorgen für alle textzentrierten Tätigkeiten und das Bildungssystem. Sie ist dabei der Meinung, dass diese Auseinandersetzung über die Zukunft vielmehr über Gegenwart lehren sollte: Technologien seien keine Naturgewalten, sondern durch gesellschaftliche Faktoren geprägt.

Z/471/23

Zäper, Maximilian: Die Verfassungsmäßigkeit des Onlinezugangsgesetzes / Maximilian Zäper. - 1. Aufl.. - Baden-Baden : Nomos, 2023. - 204 S. . - (Studien zum öffentlichen Recht ; 34). Literaturverz. S. 195-204. Zugl.: Leipzig, Univ., Diss., 2023. ISBN 978-3-7560-1112-4

Gegenstand des Werks ist die Reform zur Verwaltungsdigitalisierung durch das OZG. In dessen Zentrum steht die Digitalisierungs- und Verlinkungspflicht des § 1 OZG: Die einfachgesetzliche Ausgestaltung des „Portalverbundes“ wird analysiert und der prägende Begriff der „Verwaltungsleistung“ ausgelegt. Ausgehend von den Adressaten des OZG wird die verfassungsrechtliche Zulässigkeit untersucht. Hier wird der neu geschaffene Art. 91c Abs. 5 GG in das Zentrum der Betrachtung gesetzt und seine Auswirkung auf die Bund-Länder-Beziehung dargestellt. ... (Auszug Verlagstext)

C gb

23-98

Justiz, Kriminalität und Strafrecht

Bögelein, Nicole: Disziplinierung von Menschen in Armut : ein kritischer Blick auf die Reformpläne zur Ersatzfreiheitsstrafe / Nicole Bögelein, 2023

In: Kritische Justiz ; Jg. 56 (2023), H. 2, S. 258-270

Nach bisher etlichen vergeblichen Versuchen, die Ersatzfreiheitsstrafe zu reformieren, wagt sich die Bundesregierung 2023 an einem Gesetzentwurf zu dieser Thematik. Die Autorin dieses Aufsatzes kritisiert, dass am grundsätzlichen Paradigma der Inhaftierung von Menschen, die keine Geldstrafen bezahlen können, nichts geändert werden soll.

Z/52/23

Heidebach, Martin: Langdauernder Präventivgewahrsam für Klimaaktivisten? / von Martin Heidebach, 2023

In: Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl.) ; Jg. 138 (2023), Nr. 13, S. 766-770

Der Beitrag prüft, ob Klimaaktivist:innen, welche sich auf die Straße kleben, in langdauernden Präventivgewahrsam genommen werden dürfen. Dabei wird die Vereinbarkeit dieser in Bayern praktizierte polizeilichen Praxis, welche das novellierte bayerische Polizeiaufgabengesetz möglich gemacht hat, mit dem Grundgesetz beleuchtet. Es zeigt sich, dass diese Vorschriften über den Gewahrsam in Teilen gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen.

Z/120/23

Sammet, Emma: Polizeibeauftragte zwischen Anspruch und Realität : die
Institutionalisierung von Polizeibeauftragten als parlamentarische Hilfsorgane und
Ombudsstellen vor dem Hintergrund menschenrechtlicher Erwartungen / von Emma
Sammet, 2023

In: Die Öffentliche Verwaltung (DÖV) ; Jg. 76 (2023), H. 13, S. 534-544

Die effektive Kontrolle der Polizei ist ein Dauerbrenner innenpolitischer Diskussionen. International wird dabei seit Jahren die Einrichtung unabhängiger Polizeibeschwerdestellen gefordert. Die deutschen Landesgesetzgeber reagieren darauf bisher, indem sie parlamentarische Polizeibeauftragte mit ausgeprägtem Ombudscharakter einführen. Diese Institutionen genügen den an sie gerichteten Erwartungen jedoch nicht und können dies aufgrund verfassungsrechtlicher Grenzen auch nicht. Nach einem Umriss der verschiedenen Erwartungen an Polizeibeauftragte und der Einordnung ihrer Verwirklichung im deutschen Recht, wird anschließend auf die sich vor dem Hintergrund der Gewaltenteilung ergebenden Defizite eingegangen.

Z/155/23

Kunst, Kultur und Literatur

Ziegel : Hamburger Jahrbuch für Literatur / hrsg. im Auftrag der Kulturbehörde Hamburg. -
Hamburg : mairisch Verl.

18. 2023, 2023. ISBN 978-3-948722-28-9

Und plötzlich ist die Welt aus den Fugen. Das zeigt sich auch in dieser 18. Ausgabe des Hamburger Literaturjahrbuchs ZIEGEL. [...] Der Bruch des Gewohnten und Alltäglichen zieht sich als Motiv durch viele der über 40 Beiträge von Hamburger Autor*innen. Sie beziehen Stellung an einer Straßenkreuzung und betrachten den »Mauerrest« einer anderen Zeit. [...] Der ZIEGEL, das Hamburger Jahrbuch für Literatur, ist seit Jahren in Umfang und Qualität eine im deutschsprachigen Raum einmalige Anthologie: Ein dickes Buch und eine höchst kurzweilige Lektüre. (Auszug Verlagstext)

O bi

23-112

Parlament, Parteien und Regierung

Shirvani, Foroud: Parlamentarisches Informations- und Untersuchungsrecht als Mittel
nachrichtendienstlicher Kontrolle / von Foroud Shirvani, 2023

In: Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl.) ; Jg. 138 (2023), Nr. 13, S. 798-801

In letzter Zeit hat sich das Bundesverfassungsgericht mit verschiedenen Fällen beschäftigt, die das parlamentarische Informations- und Untersuchungsrecht im nachrichtendienstlichen Kontext zum Gegenstand haben. Der Autor hinterfragt in seinem Aufsatz einige argumentative Leitlinien des Gerichts und untersucht das Spannungsverhältnis zwischen dem exekutiven Geheimhaltungs- und dem parlamentarischen Informationsinteresse.

Z/120/23

Weißer, Ulfried: Die CDU : eine Mehrheitspartei ohne Mehrheit / Ulfried Weißer. - Berlin :
Frank & Timme, 2023. - 323 S. Literaturverz. S. 309-310. ISBN 978-3-7329-0963-6

Die Christlich Demokratische Union ist eine der großen Volksparteien Deutschlands. Dem 1945 gegründeten Bollwerk gegen sozialistische Bestrebungen kam mit der Wiedervereinigung ein wichtiges Feindbild abhandeln: der Nachbarstaat DDR. Seitdem geht es ohne erkennbare leitende Idee anscheinend nur darum, stärkste Partei zu werden. [...] Die Partei wird nach wie vor von oben geführt, erwartet wird einhelliger Beifall. Der Machtverlust der CDU im Zuge der Bundestagswahl 2021 ist nur eine Station ihres bereits vor längerer Zeit begonnenen Niedergangs. Dieser Band analysiert die Wahlergebnisse in Bund und Ländern anhand offizieller CDU-Unterlagen und regionaler Besonderheiten. (Auszug Verlagstext)

F hg

23-109

Recht und Rechtswissenschaft

Pauli, Laura Katharina: Künstliche Intelligenz und Gefährdungshaftung im öffentlichen Recht : zur Notwendigkeit der Einführung eines speziellen Gefährdungshaftungstatbestands / von Laura Katharina Pauli. - Berlin : Duncker & Humblot, 2023. - 266 S. . - (Internetrecht und Digitale Gesellschaft ; 50). Literaturverz. S. [241]-264. ISBN 978-3-428-18865-9

KI ist eine hoch innovative, aber zugleich risikoreiche Technologie. Aufgrund ihrer Lernfähigkeit und Autonomie sind ihre Entscheidungen aus ex ante Sicht kaum vorhersehbar. Auch aus ex post Perspektive bleibt ein Transparenzdefizit bestehen. Aufgrund der mit dem Einsatz von KI-Systemen verbundenen spezifischen Risiken stellt sich die Frage, ob und inwieweit der Staat gegenüber dem Bürger KI einsetzen darf. [...] Aus diesem Blickwinkel heraus fordert Pauli die Einführung eines speziellen öffentlich-rechtlichen Gefährdungshaftungstatbestands, den sie abschließend in einem konkreten Gesetzgebungsvorschlag ausformt. (Auszug Verlagstext)

C gc
23-104

Soziales und Gesundheit

Hohes Alter in Deutschland / Roman Kaspar... Hrsg.. - Berlin : Springer, 2023. - XI, 300 S. : graph. Darst. . - (Schriften zu Gesundheit und Gesellschaft ; 8). ISBN 978-3-662-66629-6
Die Studie D80+ „Hohes Alter in Deutschland“ wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von 2019 bis 2022 gefördert.

... Trotz des schnellen Wachstums des Anteils der Bevölkerung in einem Alter ab 80 Jahren an der Gesamtbevölkerung ist das Wissen über diese Bevölkerungsgruppe bislang gering. Zwar gibt es thematisch, methodisch und regional spezifische Studien, jedoch keine repräsentative Erfassung der Lebenssituation und Lebensqualität dieser Altersgruppe für den gesamtdeutschen Raum. [...] Im vorliegenden Band werden zentrale Befunde u.a. zu den Themenbereichen Soziale und Digitale Teilhabe, Gesundheit und Versorgung, sowie Werte und subjektives Wohlbefinden vorgestellt. (Auszug Klappentext)

P ce
23-107

Illing, Falk: Gesundheitspolitik in Deutschland : eine Chronologie der Gesundheitsreform der Bundesrepublik Deutschland / Falk Illing. - 2. Aufl.. - Wiesbaden : Springer VS, 2022. - XXIII, 414 S. Literaturangaben. ISBN 978-3-658-36315-4

Die Gesundheitspolitik ist eines der unübersichtlichsten Politikfelder in Deutschland. Das Buch strukturiert und ordnet die Fülle an Gesetzgebungsmaßnahmen. Es bietet einen prägnanten Überblick der wichtigsten gesundheitspolitischen Weichenstellungen und Reformen - von der Gründung der Bundesrepublik bis zur aktuellen Gesundheitspolitik. ... (Auszug Verlagstext)

N bb
23-95

Wilke, Felix: Wenn ein Rechtsanspruch nicht reicht : Legitimitätsprobleme des Grundsicherungsbezugs / Felix Wilke, Mareike Sielaff, 2023

In: WSI-Mitteilungen ; Jg. 76 (2023), H. 4, S. 261-270

Studien zeigen, dass fast die Hälfte aller Anspruchsberechtigten auf Grundsicherung keinen Gebrauch von den Leistungen machen. Der Beitrag fokussiert sich bei der Frage nach dem Warum auf den gesellschaftlichen Kontext der Nichtinanspruchnahme.

Z/472/23

Staats- und Verfassungsrecht

Berger, Julien: Die institutionelle Gefährdetheit des BVerfG / von Julien Berger, 2023

In: Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl.) ; Jg. 138 (2023), Nr. 16, S. 973-978

Dadurch, dass im Grundgesetz zur Struktur, Arbeitsweise und Zusammensetzung des Bundesverfassungsgerichts wenig festgelegt wurde, sieht der Autor das höchste deutsche Gericht immerfort den wechselnden politischen Mehrheiten im Bundestag und potenziell auch politischen Angriffen ausgesetzt. Daher entwickelt er Vorschläge, wie die bestehenden Risiken durch einfachgesetzliche Regelungen im Grundgesetz entschärft werden könnten.

Z/120/23

Franz, Hannah: Staatsangehörigkeit als Grenze des deutschen Rechtsstaates? / Hannah Franz, 2023

In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht ; Jg. 42 (2023) H. 14, S. 1059-1060

Zunächst wird in diesem Beitrag dargestellt, dass eine Vielzahl der Abschiebungshaftanordnungen rechtswidrig ist, eine genaue Zahl jedoch nicht ermittelt werden kann. Anschließend werden die hierdurch ausgelösten rechtstaatlichen Bedenken erläutert, bevor auf daran anknüpfende Reformbestrebungen sowie politische Reaktionen darauf Bezug genommen wird.

Z/272/23

Morlok, Martin: Das Bundesverfassungsgericht und das Geld der Parteien : die Entscheidungen des BVerfG zur Anhebung der absoluten Obergrenze und zur Finanzierung der parteinahen Stiftungen: BVerfG, Urteil v. 24.1.2023 - 2 BvF 2/18 und Urteil v. 22.2.2023 - 2 BvE 3/19 / Martin Morlok, 2023

In: JZ Juristenzeitung ; Jg.78 (2023) H. 15/16, S. 677-683

Bei den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur absoluten Obergrenze der staatlichen Finanzierung parteinaher Stiftungen begrüßt der Autor insbesondere die Anforderungen an Transparenz und Begründung im Gesetzgebungsverfahren. Diese wurden zwar zur Frage der Obergrenze aufgestellt, können aber wohl, so Martin Morlok, auf das gesamte Parteienrecht erstreckt werden. Für das nun erforderliche Parteistiftungsgesetz wurde darüber hinaus dem Gesetzgeber ein Weg aufgezeigt, verfassungsfeindliche Bestrebungen von staatlicher Förderung auszuschließen.

Z/485/23

Ogorek, Markus: Die Finanzierung politischer Stiftungen auf dem Prüfstand des Verfassungsrechts / Markus Ogorek, 2023

In: JZ Juristenzeitung ; Jg.78 (2023) H. 15/16, S. 684-692

Parteinahe Stiftungen erhalten seit vielen Jahrzehnten erhebliche finanzielle Zuwendungen vom Bund, ohne das eine entsprechende gesetzliche Grundlage vorhanden ist. Dabei profitieren die Stiftungen insbesondere von den Globalzuschüssen. In Hinblick auf die aktuelle Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts beschäftigt sich der Beitrag mit der Frage, wie staatliche Zuwendungen auf verfassungstreue Stiftungen beschränkt werden können.

Z/485/23

Umwelt und Umweltrecht

Fischer-Hotzel, Andrea: Kommune, pass dich an! : Hitze und Trockenheit auf lokaler Ebene begegnen / Andrea Fischer-Hotzel, Anna-Kristin Jolk, 2023

In: Aus Politik und Zeitgeschichte ; (2023) H. 28-29, S. 31-38

Aufgrund zunehmender Hitze und Trockenheit in Deutschland sollten Kommunen entsprechende Vorsorge betreiben. Die Autorinnen stellen Gegenmaßnahmen wie Hitzeaktionsplanung und weitere strategische Instrumente vor.

Z/27/23

Hendrichke, Oliver: Bewältigung naturschutzrechtlicher Konflikte beim Ausbau erneuerbarer Energien / Oliver Hendrichke, 2023

In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht ; Jg. 42 (2023) H. 13, S. 965-972

Zur Beschleunigung der Energiewende wird das Umwelt- und Planungsrecht im großen Umfang novelliert. Der Autor möchte mit seinem Beitrag einen Überblick über ökologische Zielkonflikte und deren Bewältigung geben. Im Mittelpunkt steht dabei sowohl das Vierte Gesetz zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes als auch diesbezügliche europäische Rechtsentwicklungen.

Z/272/23

Klimaschutz und Städte : Herausforderungen und Potentiale des öffentlichen Rechts ; JuWissDay 2022 Hamburg / hrsg. von Dana-Sophia Valentiner. - 1. Aufl.. - Baden-Baden : Nomos, 2023. - 270 S. . - (Schriften der Jungen Wissenschaft im Öffentlichen Recht). ISBN 978-3-7560-0006-7

Der Tagungsband dokumentiert die Vorträge, die auf dem JuWissDay 2022 in Hamburg gehalten wurden. Die Beiträge nehmen die Notwendigkeit größerer Klimaschutzambitionen für Städte in den Blick und verbinden zwei dynamische Regelungsfelder: die Technikentwicklung mit der zunehmenden Autonomisierung technischer Komponenten und das Umwelt-, Klima(schutz-) und Nachhaltigkeitsrecht. Aktuelle Entwicklungen mit einem Fokus auf Städte werden in den Referenzgebieten des Energie-, Bau-, Fachplanungs-, Verkehrs- und Infrastrukturrecht ebenso betrachtet wie grundlegende Fragen zu Klimaschutz und Innovationen. (Verlagstext)

M be
23-99

Krause, Tobias: Alternative Beteiligungsmöglichkeiten bei Windenergievorhaben auf legislativer und kommunaler Ebene / Tobias Krause, Leonie Mayr, 2023

In: Klima und Recht ; 2. Jg (2023) H. 7, S. 194-199

Das Gesetz über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an Windparks in Mecklenburg-Vorpommern war deutschlandweit das erste Gesetz auf Landesebene, um der fehlenden Akzeptanz gegenüber Windenergieanlagen mit einer verpflichtenden Beteiligung zu begegnen. Nachdem dieses Gesetz in seiner praktischen Umsetzung bislang nicht überzeugen konnte und andere Bundesländer angekündigt haben, eigene Gesetze zur Bürgerbeteiligung bei Windenergievorhaben aufzusetzen, will dieser Beitrag konkrete Alternativen für die Bürgerbeteiligung aufzeigen und somit Anstoß für landesgesetzgeberische Änderungen sein.

Z/15/23

Leeuwen, Lara van: Klimawandel und Grundgesetz : Umfang und Grenzen eines verfassungsrechtlichen Anspruchs auf Klimaschutz / Lara van Leeuwen. - 1. Aufl.. - Baden-Baden : Nomos, 2023. - 296 S. . - (Schriften zum Klimaschutzrecht ; 2)

Literaturverz. S. 277-292. Zugl.: Marburg, Univ., Diss., 2023. ISBN 978-3-7560-0691-5

Im Mittelpunkt des Werks steht der Klimabeschluss des BVerfG vom 24.3.2021, der als weitreichendste Klimaschutzentscheidung gilt. Öffentlich-rechtliche Klimaklagen warfen die Frage auf, inwieweit Einzelnen ein Anspruch auf Klimaschutz zusteht. Die Arbeit greift zunächst die naturwissenschaftlichen Hintergründe des Klimawandels auf, gibt einen Überblick über bereits existierende Klimaschutzvorschriften und die wichtigsten öffentlich-rechtlichen Klimaklagen mit ihren Entscheidungen. Anschließend erfolgt eine dogmatische Untersuchung, bevor unter kritischer Würdigung der Rechtsprechung der materiell-rechtliche Klimaschutzgehalt einzelner verfassungsrechtlicher Normen beleuchtet wird. Zuletzt geht die Arbeit auf prozessrechtliche Hürden ein. (Verlagstext)

C fd
23-108

Moreno Kuhnke, Mariana: Das SERVARE-Projekt zur Langzeitspeicherung von Wasserstoff / Mariana Moreno Kuhnke, Charlotte Schwarzer-Geraedts, 2023

In: Klima und Recht ; 2. Jg (2023) H. 7, S. 215-217

Die Autorinnen berichten über das SERVARE-Projekt, welches der Herausforderung eines europaweiten und internationalen Energiesystems mit enormen Preisschwankungen entgegenwirken soll.

Z/15/23

Ritzer, Uwe: Zwischen Dürre und Flut : Deutschland vor dem Wassernotstand: was jetzt passieren muss / Uwe Ritzer. - 1. Aufl.. - München : Penguin Verl., 2023. - 302 S.

ISBN 978-3-328-11028-6

... Wasser wird auch bei uns zunehmend zum raren Gut, schon heute entnehmen Industrie, Landwirtschaft und Haushalte mehr, als natürlich nachkommt. Doch noch spricht kaum jemand über die Folgen dieser Notlage, die Verteilungskämpfe, die bereits jetzt hinter den Kulissen zwischen Unternehmen und Kommunen stattfinden und die jeden von uns schon bald so direkt betreffen werden wie heute jene um Gas und Strom. Uwe Ritzer, Wirtschafts- und Investigativjournalist der »Süddeutschen Zeitung«, schreibt einen packenden Bericht über ein Land im akuten Klimawandel und zeigt, was heute geschehen muss, damit unsere Wasserversorgung auch morgen noch gewährleistet werden kann. ... (Auszug Verlagstext)

M bf

23-106

Verkehr und Verkehrsrecht

Falck, Oliver: Für eine Anti-Stau-Gebühr in deutschen Großstädten : einfache Maßnahmen mit großer Wirkung / Oliver Falck und Anita Wöfl, 2023

In: ifo Schnelldienst ; Jg. 76 (2023), H. 6, S. 12-16

Die Autor:innen sprechen sich in ihrem Beitrag dafür aus, den motorisierten Individualverkehr in den Innenstädten deutscher Großstädte durch eine verkehrslenkende Bepreisung des Straßenverkehrs zu verringern und somit die Staugefahr zu senken. Die Einnahmen einer solchen „Anti-Stau-Gebühr“ könnten, so der Vorschlag, zum Beispiel in den Ausbau und die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs fließen.

Z/446/23

Verwaltung und Verwaltungsrecht

Hiese, Benjamin: Beschleunigung von Baugenehmigungsverfahren durch Baugenehmigungsfiktionen? / von Benjamin Hiese, 2023

In: Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl.) ; Jg. 138 (2023), Nr. 14, S. 825-832

Der Autor analysiert die bestehenden Landesbauordnungen im Hinblick auf ihre Effektivität.

Z/120/23

Lorse, Jürgen: Die dienstliche Beurteilung aus verwaltungsrechtlicher Perspektive : aktuelle Tendenzen / von Jürgen Lorse, 2023

In: Die Öffentliche Verwaltung (DÖV) ; Jg. 76 (2023), H. 14, S. 588-598

Nach einer Sichtung und Gewichtung aktueller Tendenzen in der verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung zum dienstlichen Beurteilungswesen zeigt dieser Beitrag die Mechanismen der wechselseitigen Reaktionen zwischen Verwaltung und Verwaltungsgerichtsbarkeit in Bezug auf veränderte Anforderungen an die Standards dieser Beurteilungen auf. Abschließend erfolgt ein Ausblick auf die zukünftigen Herausforderungen in einer Beurteilungswelt, welche durch die Nutzung Künstlicher Intelligenz eine grundlegende Umgestaltung erfahren wird.

Z/155/23

Nitschke, Andreas: Whistleblowing im öffentlichen Dienst : Impulse für die Dienstpflicht zur „Denunziation“ durch das Hinweisgeberschutzgesetz? / Andreas Nitschke und Klaus Krebs, 2023

In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht ; Jg. 42 (2023) H. 14, S. 1053-1058

Durch das am 2.7.2023 in Kraft getretene Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG) erfolgte die Umsetzung der sogenannten „EU-Whistleblowing-Richtlinie“ (EU) 2019/1937 (WBRL). Diese soll einen besseren Schutz für Personen gewährleisten, die auf Missstände in Behörden oder Unternehmen hinweisen. Vor dem Hintergrund des neuen HinSchG untersucht der vorliegende Beitrag die Auswirkungen des neuen Regelwerks auf die „Denunzierungspflicht“ für Beamte und kommt zu dem Ergebnis, dass diese Pflicht durch die geänderte Rechtslage eine juristische Untermauerung erfahren hat.

Z/272/23

Thönnies, Christian: Der Hinweis auf den geheimen Rechtsbruch : Analyse, Kritik und Reformvorschläge anlässlich des neuen Hinweisgeberschutzgesetzes / Christian Thönnies, 2023

In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht ; Jg. 42 (2023) H. 14, S. 1047-1053

Dieser Beitrag soll die Neuerungen analysieren, die das Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG) in den öffentlichen Dienst trägt, um anschließend dessen Lücken zu beleuchten und Reformvorschläge für das HinSchG sowie das Sicherheitsüberprüfungsgesetz zu erarbeiten.

Z/272/23

Wahlen und Wahlrecht

Benken, Björn: Integrative Wahlsysteme : Ersatzstimme, Dualwahl, Integrierte Stichwahl: verfassungsrechtliche Herausforderung und politische Chance / Björn Benken. - 1. Aufl.. - Baden-Baden : Nomos, 2022. - 90 S. ISBN 978-3-7560-0048-7

Wahlsysteme mit Rangfolgewahl wie z.B. die Ersatzstimme sind besonders gut geeignet, den Integrationscharakter von Wahlen zu wahren. Bisher lassen sich diese Wahlsysteme aber nur mit Mühe in die bestehende Verfassungsrechtsprechung einpassen. Dieses Buch gibt Anregungen, wie die Aufgabe gelingen kann, indem es wichtige wahlrechtliche Begriffe von Grund auf neu definiert. Dabei zeigt sich, dass die Integrierte Stichwahl und die Ersatzstimme nicht nur verfassungskonform ausgestaltet werden können, sondern sogar verfassungsrechtlich geboten sind. Die neuen Wahlverfahren ermöglichen es, die im Demokratieprinzip enthaltenen Grundsätze der politischen Partizipation und der demokratischen Legitimation bestmöglich umzusetzen. (Verlagstext)

F fa

23-94

Eibenstein, Henrik: Das mit Parité-Gesetzen verfolgte Leitbild der Gruppensouveränität vor dem grundgesetzlichen Demokratieprinzip / von Henrik Eibenstein. - Berlin : Duncker & Humblot, 2023. - 250 S. : graph. Darst. . - (Schriften zum Öffentlichen Recht ; 1503)

Literaturverz. S. [232]-250. Zugl.: Würzburg, Univ., Diss., 2021. ISBN 978-3-428-18855-0

Das Volk kreiert mit der Wahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestages sein unitarisches Vertretungsorgan. Art. 38 Abs. 1 S. 2 GG beruft sie dabei zu Vertretern des ›ganzen‹ Volkes. Doch wenn hiernach das ›ganze‹ Volk zu vertreten ist, hängt das Gelingen dieser Aufgabe nicht fundamental schon von der tatsächlichen Zusammensetzung des Parlaments ab? Unter diesen Vorzeichen ist sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene namentlich die Geschlechterungleichheit in den Fokus der (nicht nur) rechtspolitischen Debatte gerückt. Zur Erreichung des Ziels gleicher Repräsentanz von Frauen und Männern werden im Allgemeinen »geschlechterparitätische Wahlvorschlagsregelungen« in Stellung gebracht. Die Arbeit will in diesem Kontext eine bestehende Lücke schließen. Sie konzentriert sich auf die mit Parité-Gesetzen adressierten Fragen der Demokratietheorie und schält vor dem Hintergrund der eigenständigen Bedeutung des grundgesetzlichen Demokratieprinzips sowie seiner politischen Freiheits- und Gleichheitsidee den Bezugspunkt demokratischer Repräsentation heraus. (Verlagstext)

C fh

23-105